



Herrn
Landrat Brohl

Herrn Ausschussvorsitzender
Udo Bovenkerk

Fraktionen CDU, SPD, FDP, Linke, AfD sowie Herrn Lange
zur Kenntnis

**Bündnis 90/Die Grünen
im Kreistag Wesel**

Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel
Telefon 0281 207 2004
eMail gruene-fraktion@kreis-wesel.de

Fraktionsvorsitzender

Hubert Kück
Telefon 0281 27324
Mobil 0173 2719581

16. April 2021

**Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Planung am 01.06.2021
„Einrichtung einer Erfassungsstelle für Bergschädenregulierung durch Salzabbau“**

Sehr geehrter Herr Landrat Brohl,
sehr geehrter Herr Bovenkerk,

im Kreisgebiet gibt es keine zentrale Erfassungsstelle für Schäden, die durch den Salzbergbau verursacht werden und wurden, obwohl Schadensereignisse immer wieder auftreten. Die Einrichtung einer Schiedsstelle ist vom Land ebenfalls noch nicht in Sicht. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Einrichtungen, Versorgungsträger und Kommunen benötigen daher eine Anlaufstelle.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit zur Einrichtung einer zentralen Erfassungsstelle „Salzbergbauschäden“ unter rechtlichen und verwaltungstechnisch-organisatorischen Gesichtspunkten zu prüfen und darzustellen.

Die zentrale Erfassungsstelle soll bis zur Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Bergschädenregulierung als ersatzweise Einrichtung fungieren, um Schadensmeldungen an die zuständigen Verursacher (K+S und Cavity) weiterzuleiten.

Es soll ferner ein jährlicher Bericht, der die Bergbauaktivitäten, die gemeldeten Schäden und die geleisteten Entschädigungen (anonymisiert) auflistet veröffentlicht werden.

- 1. Sollte die Möglichkeit der Einrichtung einer solchen zentralen Erfassungsstelle nach Prüfung positiv dargestellt werden, beantragen wir weiter, den Landrat zu beauftragen, die beiden Bergbaubetriebe aufzufordern, die Erfassungsstelle nach rechtlicher Prüfung mit allen verfügbaren Daten zum Abbau unter Tage, Messungen zu Senkungen an der Oberfläche und erfolgten Entschädigungen zu versorgen.**

- 2. Der Landrat wird beauftragt, beide Bergbaubetreiber aufzufordern, der Schlichtungsstelle für die Bergschädenregulierung beim Regionalverband Ruhr beizutreten. Hilfsweise sollen Gespräche mit der NRW-Landesregierung in dieser Frage geführt werden, die im Zweifel die rechtliche Prüfung eines solchen Beitritts der Unternehmen vornimmt. Außerdem soll durch die Landesregierung geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, eine eigene Schlichtungsstelle bei einer staatlichen Behörde (z.B. Bezirksregierung) einzurichten ist.**

Begründung:

Bis zur Einrichtung einer Schlichtungsstelle, ist die zeitnahe Einrichtung einer neutralen Erfassungsstelle als Anlaufstelle bei der Kreisverwaltung dringend notwendig. Dort können alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Einrichtungen, Versorgungsträger und Kommunen ihre Schäden registrieren lassen können. Damit ist sichergestellt, den betroffenen Menschen ein einfacheres Verfahren zum Schadensausgleich gegenüber den Firmen K+S bzw. Cavity zu ermöglichen. Dadurch hat sich aber die Einsetzung nach einer Schlichtungsstelle nicht erübrigt. Eine solche Stelle ist wie beim Steinkohlebergbau zwingend notwendig. Hierfür stehen aber die Landesregierung in Düsseldorf, die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP sowie die Firmen in der Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen



Hubert Kück
Fraktionsvorsitzender